

Perspektiven

Das Magazin der Metall- und Elektro-Industrie

04|2023

Lutz Goebel
vom Normen-
kontrollrat zu
Deutschlands
Problem mit der
Bürokratie

BÜROKRATIE- REPUBLIK DEUTSCHLAND

Deutschland bremst sich mit zu viel Bürokratie selbst aus. Warum das nicht zu mehr Sicherheit führt und wie wir die Aktenberge abbauen können



»Es kann nicht sein, dass wir der deutschen
Wirtschaft einen Stein um den Hals hängen.«

Marco Buschmann, Bundesjustizminister, im Interview



03 **KOMMENTAR**

Lutz Goebel über die Gründe für die Überbürokratisierung und die Notwendigkeit, umzudenken

04 **AGENDA**

Meldungen und Standpunkte aus Wirtschaft, Politik und M+E-Industrie

04 **TAG DER M+E-INDUSTRIE 2023**

Eine Veranstaltung im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft

07 **SICHT:WEISE**

Drei Stimmen zur Unternehmenssteuerreform

08 **TITELTHEMA**

Die Bürokratielast wird zum Wettbewerbsnachteil für Deutschland. Wie wir dem Entstehen von neuen Regularien entgegenwirken können

18 **DEBATTE**

Dr. Marco Buschmann, Bundesminister der Justiz, im Interview mit Gesamtmetall darüber, wie der Bürokratieabbau gelingen soll

22 **BILDUNG**

Wie funktioniert kabelloses Laden? Testen Sie Ihr Wissen in unserem MINT-Test

24 **DEUTSCHLAND BESSER MACHEN**

In Deutschland muss mehr Wohnraum entstehen. Warum der Bau stockt und was zu tun ist

28 **PERSPEKTIVE**

Düstere Prognose: Der Abwärtstrend in der M+E-Industrie setzt sich fort

30 **RETROSPEKTIVE**

Was wurde aus dem Tarifeinheitsgesetz?

32 31 30 23 **PERSONALIEN IMPRESSUM KARIKATUR ZITAT**

+6,7 Milliarden

Erfüllungsaufwand: Zwischen Juli 2021 und Juni 2022 sind die Kosten für die Befolgung gesetzlicher Vorgaben um 6,7 Mrd. Euro gestiegen. **S. 8**

Wir brauchen eine Reform des Systems

WAS MEINEN SIE, HERR GOEBEL? Deutschland hat ein Bürokratieproblem, meint der Vorsitzende des Nationalen Normenkontrollrates. Um dieses zu beheben, brauche es ein umfassendes Umdenken in Politik und Verwaltung.

Die deutsche Wirtschaft ächzt unter Bürokratie. Studien zeigen, dass kleinere Unternehmen drei Prozent ihres Umsatzes nur für den Umgang mit Regularien aufwenden. In hochregulierten Branchen wie dem Versicherungs- und Bankensektor sind es sogar bis zu sieben Prozent. Aufgrund dieser Last an gesetzlichen Verpflichtungen werden wir als Land immer langsamer – und das schadet auch unserer Wettbewerbsfähigkeit. Denn wenn etwa Bau- und Genehmigungsverfahren für die Industrie weiterhin so lange dauern, können viele Unternehmen einen Schlussstrich ziehen und ins Ausland gehen. Um das zu verhindern, müssen unsere Gesetze und Verfahren einfacher, schneller und praxistauglicher werden. Doch dabei steht uns unsere politische Kultur im Weg.

Wir Deutschen sind es gewohnt, alles im Detail zu regeln. Das führt im politischen Alltag nicht selten zu Regulierungseifer. So tendiert unser Staat etwa anders als andere EU-Länder dazu, Gesetze der Europäischen Union – die fast die Hälfte der deutschen Gesetze ausmachen – auf nationaler Ebene freiwillig zu verschärfen. Gleichzeitig neigt die Politik zum Mikromanagement und versucht, die Umsetzung von Gesetzen bis ins Kleinste zu kontrollieren, anstatt die Details

dem Markt zu überlassen. Das Ergebnis: Die Landes- und Kommunalbehörden können die vielen Gesetze des Bundes und der EU in der Praxis nicht mehr umsetzen.

Ein neues Mindset

Die Bundesregierung hat mit den Eckpunkten zum vierten Bürokratieentlastungsgesetz einen Schritt in die richtige Richtung gemacht und gezeigt, welche Regelungen verbessert oder abgeschafft werden müssten. Doch es braucht noch mehr. Als unabhängiges Beratungsgremium der Bundesregierung hat der Nationale Normenkontrollrat zum Beispiel den Vorschlag gemacht, dass das „One in, one out“-Prinzip auch für EU-Gesetze gelten sollte. Das heißt: Für jedes neue Gesetz, das die Europäische Union erlässt, muss an anderer Stelle in gleicher Höhe entlastet werden. So ließe sich auch auf europäischer Ebene ein gewisser Automatismus beim Bürokratieabbau erreichen. Gleichzeitig braucht es eine Reform des politischen Systems. Denn die heutige Verfassung ist beispielsweise nicht dafür geschaffen, schnell bundesweit übergreifende Prozesse zu digitalisieren. Als das Grundgesetz 1948 erlassen wurde, konnte ja noch niemand die derzeitigen Herausforderungen erahnen. Deshalb wollen wir einen Föderalismusdialog anregen, in dem noch einmal über die Kompetenzenverteilung von Bund und Ländern diskutiert wird.

Schließlich brauchen wir ein neues Mindset. Gesetze müssen praxistauglicher werden. Zudem ist in der Umsetzung eine Lernkultur nötig. Derzeit ist es so, dass Mitarbeiter von Kommunen für Fehler bei der Anwendung von Gesetzen rechtlich belangt werden können. In der Folge wünscht man sich dort eine noch stringendere Regulierung. Das ist aber der falsche Weg. Wir brauchen in der Verwaltung flexible Einheiten, die nach bestem Wissen und Gewissen Entscheidungen treffen. Wenn dann aus Versehen ein Fehler geschieht, kann man daraus lernen. Ich bin fest davon überzeugt: Von einer solchen Bürokratiereform würden am Ende Politik und Verwaltung genauso profitieren wie die Wirtschaft und die Bürger. P

GASTAUTOR: Lutz Goebel

WOHNORT: Krefeld

BERUF: Leiter des Normenkontrollrates

BERUFUNG: Vorkämpfer für einen schlanken Staat







3



4

Tag der M+E-Industrie 2023

Soziale Marktwirtschaft sichert die Zukunft.

Die Soziale Marktwirtschaft stand im Zentrum des ersten Tages der Metall- und Elektro-Industrie, zu dem Gesamtmetall am 21. September eingeladen hatte. Zahlreiche Spitzenpolitiker aus Regierung und Parlament sowie der Wissenschaft waren Gast in den Bolle-Festsälen in Berlin und thematisierten die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Bei allen Vorträgen wurde deutlich: Die Soziale Marktwirtschaft ist das Fundament unseres Erfolgs. Sie verbindet die Freiheit des Marktes mit einem sozialen Ausgleich, was Chancengleichheit und Wohlstand für alle ermöglicht. Aber zu viel Regularien, zu viel Bürokratie und immer mehr Lasten schwächen unser Land.

Speaker und Diskutanten

1. **Dr. Carsten Linnemann**, Generalsekretär der CDU, kritisierte die zögerliche Haltung der Regierung bei Reformen.
2. **Christian Lindner (FDP)**, Bundesfinanzminister, wurde zugeschaltet und stellte seine Reformpläne vor.
3. **Wolfgang Schmidt (SPD)**, Chef des Bundeskanzleramts, zeigte die Linie der Bundesregierung auf.

4. Gesamtmetall-Präsident **Dr. Stefan Wolf** im Gespräch mit **Michael Kellner (Bündnis 90/Die Grünen)**, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

5. Großes Interesse im **Publikum** für die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft

6. **Prof. Renate Köcher**, Institut für Demoskopie Allensbach, und **Prof. Lars Feld**, Walter Eucken Institut, stellten eine Studie und eine Umfrage vor.

7. Gesamtmetall-Präsident **Dr. Stefan Wolf** begrüßte **Verena Hubertz**, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion.

8. Moderator **Marc Beise** im Gespräch mit **Gitta Connemann (CDU)**, Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, über die Wirtschaftspolitik der Regierung

9. Gesamtmetall-Präsident **Dr. Stefan Wolf** mit Gesamtmetall-Schatzmeister **Folkmar Ukena** und **Lena Ströbele**, Verhandlungsführerin Nordmetall, zu Gast.

FOTOS: GESAMTMETALL/HC PLAMBECK

PERSPEKTIVEN 04_2023



8



9

Betriebliche Altersvorsorge

Aus für Sozialpartnermodell

Dem Sozialpartnermodell wurde durch den IG Metall-Gewerkschaftstag 2023 der Boden entzogen: Zwei Drittel der Delegierten sprachen sich dagegen aus. Damit wird es in der M+E-Industrie kein Sozialpartnermodell geben. Über das Sozialpartnermodell können Arbeitgeber seit 2018 ihren Beschäftigten eine betriebliche Altersvorsorge ohne Garantie und Haftung zusagen.

Gesetzliche Voraussetzung dafür ist allerdings der Abschluss eines Tarifvertrags. Die IG Metall hat sich damit von Anfang an schwergetan. So konnte auf dem Gewerkschaftstag 2019 ein Beschluss gegen das Sozialpartnermodell nur knapp verhindert werden. Seit 2021 gab es Gespräche über ein Sozialpartnermodell für die M+E-Industrie in Baden-Württemberg.

Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Kommt die zivilrechtliche Haftung in Europa?



Bürokratieflut: Die Einführung einer zivilrechtlichen Haftung könnte dazu führen, dass bald mittelständische Nachunternehmer und Lieferanten in ganz Europa Fragebögen zur Einhaltung der Sorgfaltspflichten ausfüllen müssen.

Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) sieht umfangreiche Sanktionen vor, wenn Unternehmen gegen Umwelt- und Menschenrechtsstandards verstoßen. Der deutsche Gesetzgeber hat aber bei Verstößen eine zivilrechtliche Haftung ausdrücklich ausgeschlossen. Nun will die Europäische Union eine solche Haftungsregelung einführen. Die Verhandlungen der „Lieferketten-Richtlinie“ stehen kurz vor dem Abschluss. Damit droht auch den deutschen Unternehmen eine drastische Verschärfung ihrer Kontroll- und Berichtspflichten für die gesamte Wertschöpfungskette. In der Folge könnte sich die bereits jetzt in Deutschland verbreitete Praxis, Fragebögen zur Einhaltung der Sorgfaltspflichten an Nachunternehmer und Lieferanten zu verschicken, auf die gesamte europäische Wirtschaft ausdehnen. Besonders kleine und mittlere Betriebe leiden derzeit darunter, dass ihre Kunden sich auf diese Weise absichern wollen und dazu umfangreiche Erklärungen ihrer Zulieferer einfordern. Eine zivilrechtliche Haftung würde also besonders den Mittelstand in ganz Europa hart treffen.

Arbeitszeitverkürzung und 4-Tage-Woche

Debatte um Arbeitszeit

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall lehnt jede Form der Arbeitszeitverkürzung mit vollem oder teilweise Entgeltausgleich im Flächentarifvertrag kategorisch ab. In Zeiten des Fachkräftmangels würde dies das Arbeitszeitvolumen weiter verknappen und durch eine Verteuerung der Arbeitskosten die Wettbewerbsfähigkeit und heimische Arbeitsplätze gefährden.

Derzeit findet eine breite öffentliche Debatte über den Wunsch vieler Arbeitnehmer nach einer Arbeitszeitverkürzung und einer 4-Tage-Woche statt. Auch die Gewerkschaften greifen das auf. So hat zum Beispiel die IG Metall auf ihrem Gewerkschaftstag im Oktober 2023 in Frankfurt einen Leitantrag mit großer Mehrheit angenommen, in dem die 4-Tage-Woche als Zielbild für die Zukunft beschrieben wird. Auch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit in allen Branchen mit (Teil-)Entgeltausgleich bleibe das tarifpolitische Ziel.

In der aktuellen öffentlichen Debatte werden diese zwei unterschiedlichen Fragen oft vermischt. Soweit es um die reine Verteilung der Arbeitszeit auf weniger als fünf Tage geht, sei das bei betrieblichem Bedarf schon heute im Rahmen der gesetzlichen und tariflichen Regelungen möglich. Bei der Verkürzung der Arbeitszeit sehe es jedoch anders aus.

Brauchen wir eine Unternehmenssteuerreform?

Aus dem Mittelstand und der Politik werden Stimmen laut, die eine umfassende Unternehmenssteuerreform fordern. Drei Stimmen zur Frage, ob diese nötig ist.



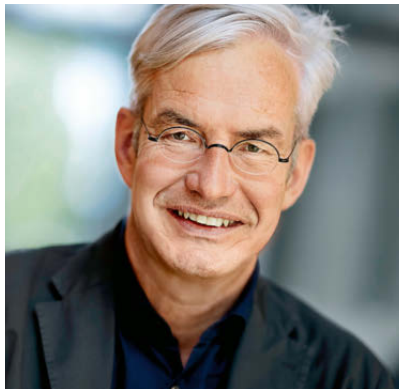
»Die Unternehmensbesteuerung benötigt ein grundlegendes Update, um Investitionen und Beschäftigung in Deutschland zu sichern.«

Tanja Gönner,

Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)

Die deutsche Wirtschaft braucht dringend bessere steuerpolitische Rahmenbedingungen.

Das Wachstumschancengesetz ist dafür ein erster richtiger Schritt, reicht aber bei Weitem nicht aus. Die Steuerbelastung ist in Deutschland deutlich höher als im EU- und OECD-Schnitt, unser Steuerrecht ist hochkomplex, die Compliance-Pflichten sind in den vergangenen zehn Jahren signifikant angewachsen. Wir brauchen eine Kehrtwende bei all diesen Punkten. Die Unternehmensbesteuerung muss strukturell verbessert werden, mit dem Ziel einer Steuerlast von maximal 25 Prozent. Die Digitalisierung des Steuerrechts muss vorangetrieben und die überbordenden Compliance-Pflichten reduziert werden – gerade auch auf europäischer Ebene.



»Wir brauchen einen großen Wurf für mehr Investitionen in Deutschland. Die letzte Unternehmenssteuerreform liegt 15 Jahre zurück.«

Mathias Middelberg,

stellvertretender Vorsitzender für Haushalt, Finanzen und Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Deutschland wird als Investitionsstandort international immer unattraktiver.

Laut DIHK-Umfrage planen fast ein Drittel der Industriebetriebe die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland oder die Einschränkung der Produktion im Inland. Verantwortlich sind hohe Energiepreise, überbordende Bürokratie, schleppende Digitalisierung, aber auch zu hohe Unternehmenssteuern. Mit rund 30 Prozent Steuerbelastung sind wir nicht mehr wettbewerbsfähig. Die letzte große Unternehmenssteuerreform unter SPD-Finanzminister Peer Steinbrück in der Großen Koalition mit der Union liegt 15 Jahre zurück. Sie hat damals einen erheblichen Investitionschub ausgelöst. Das sollte lehren.



»Es darf kein internationales Rennen nach unten geben, wenn es um die Steuerlast geht.«

Verena Hubertz,

stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion der SPD

Steuergerechtigkeit ist für mich Demokratieförderung.


Wenn der viel zitierte Bäcker vor der Haustür oder aber der im internationalen Wettbewerb stehende Mittelständler eine höhere Steuerlast trägt als globale Tech-Konzerne, dann läuft etwas schief bei der Finanzierung unseres Gemeinwesens. Das führt zu Vertrauensverlust. Es ist gut, dass wir deswegen jüngst die globale Mindeststeuer im Bundestag beschlossen haben, die Olaf Scholz als Finanzminister maßgeblich vorangetrieben hat. Richtig ist auch, dass wir über Steuergutschriften extrem schnell und unbürokratisch die Transformation vorantreiben können.



Begraben unter Bürokratie

Eigentlich wird Deutschland für seine Gründlichkeit weltweit geschätzt. Doch wenn starre Strukturen und zu viele Vorgaben eher Barrieren statt hilfreiche Leitlinien sind, ist ein Zuviel des Guten erreicht. Die Menge an Regularien scheint auf Rekordhöhe – trotz dreier Bürokratieabbaugesetze. Deutschland bremst sich aus. Doch warum ist die Bürokratie so ausgeartet? Und wie kommen wir da wieder raus?

Udo Dinglireiter wollte eigentlich nur ein Zelt für die Zwischenlagerung von Maschinenkomponenten aufstellen. Doch das ist für den Geschäftsführer der R. Scheuchl GmbH einfacher gesagt als getan. Denn um ein normales Zelt aufbauen zu dürfen, muss der Abstand zum nächsten Gebäude mindestens zwölf Meter betragen. Hat man die Fläche nicht zur Verfügung, wie es bei Dinglireiters Firmensitz in Ortenburg in Bayern der Fall ist, muss statt eines Zeltdachs ein Blechdach verbaut werden. Doch dann gilt das Zelt als Leichtbauhalle. Und bei dieser müsste wiederum ein Drittel der Dachfläche mit Photovoltaik ausgestattet werden. „Allein der bürokratische Aufwand hätte sich über Monate hingezogen“, erklärt Dinglireiter. Zeit, die er nicht hatte. Also stellte er notgedrungen LKW-Auflieger auf, um die Maschinenteile zwischenzulagern.

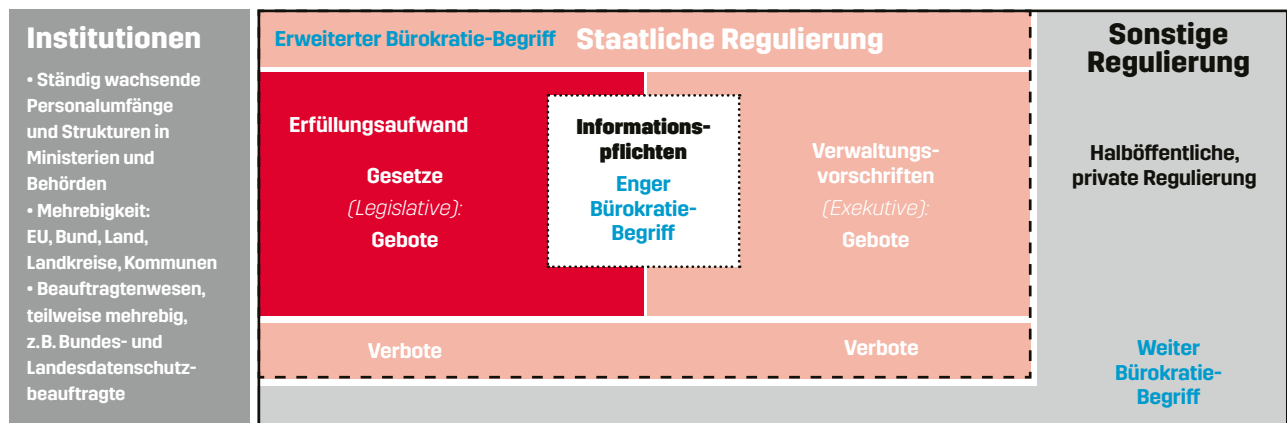
Dinglireiter ist nur einer von vielen Unternehmern, denen zu viel Bürokratie zu schaffen macht. Laut einer Umfrage des Finanzdienstleistungsunternehmens Kontist verbringen Gründer und Selbstständige in Deutschland durchschnittlich 24,61 Tage pro Jahr mit Bürokratie. Das macht fast einen Monat Verdienstausschlag pro Jahr. Mittlerweile liegt der Erfüllungsaufwand, also der Zeitaufwand und die Kosten, die neue Gesetze in Unternehmen verursachen, laut Verband Die Familienunternehmer bei 10,6 Milliarden Euro jährlich. „Das ist alles Kraft, die wir dringend für das Erwirtschaften und für die Wertschöpfung bräuchten“, erklärt Marie-Christine Ostermann, Präsidentin des Verbandes. Viele Unternehmen würden sich gar nicht mehr trauen, Geschäfte zu machen – aus Angst vor den vielen bürokratischen Pflichten, die etwa durch Regularien wie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz 



»In den Verwaltungen fehlt die Vernetzung. Zu oft herrscht ein Silodenken.«

Dr. Udo Dinglireiter, Geschäftsführer der R. Scheuchl GmbH

Bürokratie auf allen Ebenen reduzieren



Enger, erweiterter und weiter Bürokratie-Begriff

IfM Bonn 2019, angepasste Darstellung

entstehen. Das hat Folgen: „Wir sehen es in allen Rankings: Wir sind sowohl bei der Wettbewerbsfähigkeit hinten als auch bei Investitionen und Innovationen. Die Bürokratie nimmt den Betrieben die Luft zum Atmen und erstickt sämtliche Kreativität“, sagt Ostermann.

Nur noch eingeschränkt handlungsfähig

Der deutsche Staat stößt laut Experten immer öfter an die Grenzen seiner Handlungsfähigkeit. „Wie sollen Industrieanlagen modernisiert werden oder sich ausländische Unternehmen in Deutschland ansiedeln, wenn viele Planungs- und Genehmigungsverfahren Tausende Seiten umfassende Gutachten beinhalten oder manche Fristen zur Entscheidung über Anträge von den Behörden nicht eingehalten werden?“, fragt etwa Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK). Dabei sollte es eigentlich genügend Fachpersonal für den Bürokratieabbau in den Ministerien geben. Nach Angaben des Steuerzahlerbundes stieg die Personalzahl in den Bundesministerien auf insgesamt 30.200 Angestellte und Beamte – eine Steigerung von 82 Prozent seit 2012. Nicht selten ist der Vorwurf zu hören, dass die Bürokratie nur darin effizient ist, neue Bürokratie zu erschaffen. Das wiederum erfordert mehr Arbeitskräfte, die die Regularien verwalten – was wiederum den Regierungsapparat weiter aufbläht und Fachpersonal bindet, das in den Unternehmen fehlt.

Bürokratie – müßig, aber wirksam?

Seitdem es den Begriff Bürokratie gibt, ist er durchweg negativ behaftet. Bereits im 18. Jahrhundert prägte der Franzose Vincent de Gournay den Begriff und kritisierte damit die nicht-legitimierte Herrschaft von Beamten. Der Soziologe und Ökonom Max Weber hingegen definierte die Bürokratie später als „legale Herrschaft mittels bürokrati-

„Bürokratie“ setzt sich aus dem französischen „Bureau“ (Schreibtisch) und „-cratie“ zusammen. Letzteres kommt vom altgriechischen „kratos“ (Herrschaft, Macht). „Bureau“ wiederum ist auf das lateinische „burra“ zurückzuführen, das den Stoff beschreibt, mit dem Schreibtische bezogen wurden. „Bürokratie“ bedeutet also: Herrschaft der Verwaltung.

tischen Verwaltungsstabs“. Die Behörden seien durch rationale Kompetenzen legitimiert. Weil für alle Menschen die gleichen Gesetze und Regeln gelten, könne niemand bevorzugt oder benachteiligt werden. Später kritisierten Soziologen diese Definition als zu positiv. William H. Whyte etwa war der Meinung, dass zunehmende Bürokratisierung das Ziel verfolge, Fehler zu vermeiden, und dass die Organisationen damit immer weniger individuell, kreativ und risikofreudig und so statischer würden. Auch für Niklas Luhmann diene sie vor allem der Vermeidung von Unsicherheit.

Für Peter Forgács, Autor des Buches „Der ausgelieferte Beamte“, besteht die Aufgabe der Verwaltung darin, „den Staat durch Formalisierung und Durchsetzung der Normen aufrechtzuerhalten, einerlei ob gegen oder mit der politischen Führung, einerlei für welches wirtschaftliche und politische System“. Für ihn steht fest: „Die gediegene Bürokratie ist lähmend und ärgerlich, sie ist aber die höchstentwickelte Art der Staatsorganisation.“ Für Gisela Färber, Professorin für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Speyer, „schafft Bürokratie im guten Sinn Sicherheit, Gleichheit und Rationalität bei der Anwendung von demokratisch entstandenem Recht und ist damit auch ein Schutz vor willkürlichen Eingriffen des Staates“.

Bürokratie als urdeutsche Gesinnung

Bürokratie schützt nicht nur und hält den Staat am Laufen, sie ist laut DIHK-Hauptgeschäftsführer ▶

»Die überlangen Genehmigungsverfahren leiden nicht nur unter einem, sondern gleich unter drei Problemen.«

Prof. Dr. Gisela Färber,

Professorin für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Speyer

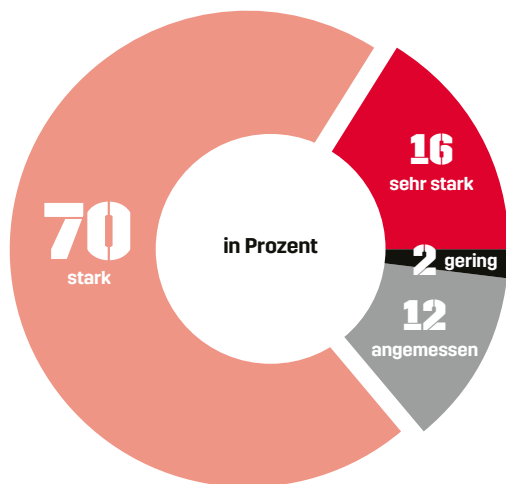


Für Unternehmen unerträglich

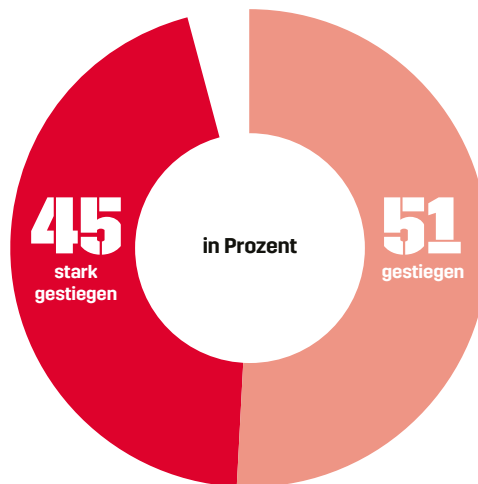
Gesamtmittel hat die Unternehmen der M+E-Industrie zur Bürokratie befragt. Die Antworten sind eindeutig: Unternehmen empfinden die steigende Menge an Regularien, Kosten, Zeitaufwand und Komplexität als Belastung.

(Umfrage: Oktober 2023, 900 teilnehmende Unternehmen mit 870.000 Beschäftigten)

Belastung durch Bürokratie

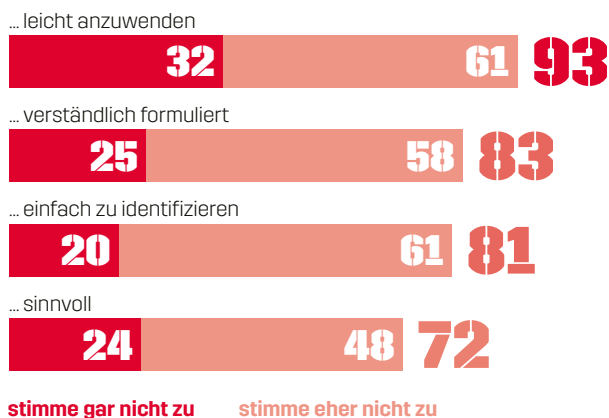


Entwicklung der Bürokratie



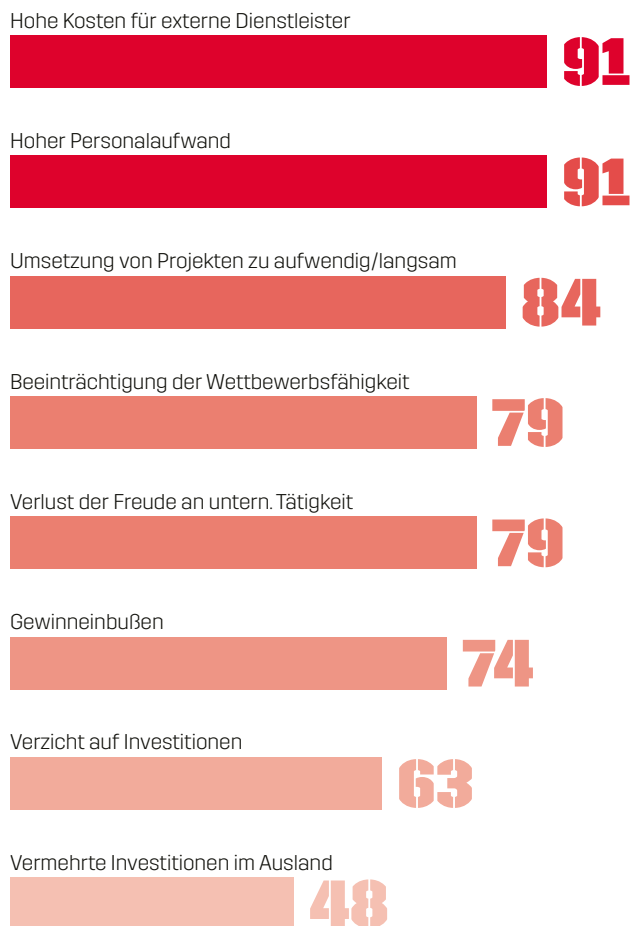
„Die zu beachtenden Vorschriften sind ...“

in Prozent



Auswirkungen auf Unternehmen

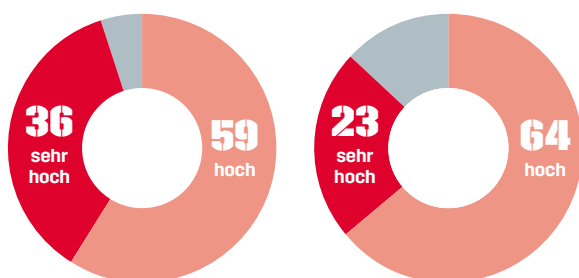
in Prozent



Kosten- und Zeitaufwand

Zeitlicher Aufwand

Kostenaufwand



Für 65 % mehr Aufwand

Aufwand ist für die meisten zu hoch

Das Institut für Demoskopie Allensbach hat Führungskräfte in privaten Unternehmen gefragt, wie sich der bürokratische Aufwand, der für sie beziehungsweise ihr Unternehmen im Austausch mit der öffentlichen Verwaltung entsteht, seit 2015 entwickelt hat.

65 % sagen, dass der Aufwand eher gestiegen ist.

Für **24 %** hat sich nichts verändert.

Nur für **4 %** ist er weniger geworden.

Nicht dargestellt: unentschieden, keine Angabe.

Basis: Bundesrepublik Deutschland,

Führungskräfte in privatwirtschaftlichen

Unternehmen mit mindestens 10 Beschäftigten oder mehr als 2 Mio. Euro Umsatz p. a.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8298



ZU INEFFIZIENT

Wansleben mit der sprichwörtlichen deutschen Gründlichkeit verknüpft: „Deutschland ist traditionell davon geprägt, Dinge zu durchdenken, zu regeln und auch gut zu organisieren. Das bewundern im Übrigen viele Länder an uns. Nicht zuletzt gehen damit ja auch Tugenden einher, die uns helfen, im Metall- und Elektrobereich international die Nase vorn zu haben.“ Genau dieser Wohlstand ist es, der laut Walter Nussel, Beauftragter für Bürokratieabbau und Vorsitzender des Bayerischen Normenkontrollrats, eng mit der überbordenden Bürokratie zusammenhängt. „Mit dem Wohlstand stieg der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger, dass möglichst alles geregelt wird. Auf der anderen Seite wollen die Menschen aber nicht durch zu viele Regeln eingeschränkt werden. Die Verwaltungen fühlen sich natürlich gehalten, keine Fehler zu machen, und wollen sich deswegen auch absichern.“ Und so entsteht Regularie um Regularie. „Wir haben in den vergangenen Jahren jedoch einen Punkt erreicht, an dem die Schwelle überschritten wurde“, erklärt Nussel. „In Deutschland herrscht ein hohes Maß an Gerechtigkeit. Jeder möchte es jedem recht machen und alle Entscheidungen müssen gerichtsfest sein. Das führt aber zu langen Genehmigungsverfahren und das wiederum führt zu explodierenden Kosten“, führt Unternehmer Udo Dinglreiter aus.

Bürokratieabbau muss Chefsache werden

Das Problem ist bekannt. In den vergangenen Jahren gab es zwar drei Bürokratieabbaugesetze, doch getan hat sich wenig – auch auf EU-Ebene. „Laut DIHK-Berechnungen sind 2021 auf EU-Ebene für ein abgeschafftes Gesetz 1,5 neue entstanden. 2022 hat das Verhältnis bereits bei 1 zu 3,5 gelegen – und im Juni dieses Jahres sind auf ein abgeschafftes Gesetz sogar bereits fünf neue gekommen. Das überfordert Unternehmen wie Behörden gleichermaßen!“, erklärt Wansleben. „Der größte Fehler im System ist, dass der Bürokratieabbau bisher nicht als Chefsache deklariert wurde“, sagt Unternehmerin Ostermann. Unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel war der Normenkontrollrat (NKR) – ein unabhängiges Gremium, das unter anderem die Gesetzesentwürfe auf Vereinfachungspotenzial prüft – noch dem Bundeskanzleramt zugeordnet. Im Januar 2022 folgte der Beschluss des Bundeskabinetts, dass

der NKR ins Bundesjustizministerium wechselt. Für Ostermann kommt das einer Degradierung gleich. Martin Wansleben wirbt für mehr Einfluss aus der Praxis bei der Gesetzgebung: „Ob in Brüssel oder Berlin, die Gesetzgebung wird zu stark von den Behörden und hier einseitig von Juristen und Volkswirten geprägt. Es steht deshalb nicht nur die Zielsetzung im Vordergrund, sondern auch der Weg dahin. Die Gerichtsbarkeit trägt zusätzlich zu bürokratischen Regulierungen bei.“

Für Wissenschaftlerin Färber leiden die überlangen Genehmigungsverfahren, unter drei Problemen: Erstens steige die Anzahl der zu berücksichtigten Rechtsbereiche mit zum Teil oft absurd anmutenden Regelungen an. Zweitens gebe es viele Verwaltungsverfahren, die nicht oder unzureichend digitalisiert wurden. Und drittens herrschen vor allem in den Kommunalverwaltungen Personalengpässe, während gleichzeitig die Zahl von Fällen mit Genehmigungserfordernissen steigt.

Fehlendes Verantwortungsbewusstsein

Hinzu kommt: Die Verantwortung der Beamten wird laut Soziologe Forgács „von der arbeitgebenden Anstalt oder Institution übernommen. Die Beschäftigten tragen bei Einhaltung der Formalismen keine Verantwortung.“ Die Beamten haben demnach „keine Angst vor den Konsequenzen ihrer Entscheidungen und Handlungen, sie brauchen sie nicht einmal zu bedenken, die Folgen bleiben immer außerhalb ihres Blickfeldes.“ Angst hätten sie hingegen vor Konsequenzen bei Nichteinhaltung der formellen und informellen Regeln. „In der Praxis tragen Verantwortung nur die Politiker, das Verwaltungspersonal nicht“, führt er weiter aus. Über ein mangelndes Bewusstsein für Verantwortung auf der Ebene der Entscheiderinnen und Entscheider klagt auch Politiker Nussel. Er fordert: „Wir müssen ein Stück weit wieder mehr Freiheit generieren. Mehr Restrisiko und Eigenverantwortung. Das ist so eine Sache zu glauben, wir können zu 100 Prozent alles regeln. Das wird es aber nicht geben.“ Um der Bürokratie entgegenzuwirken, hat er den bayerischen Ministerien einen 8-Punkte-Plan vorgelegt, der Ideen und Maßnahmen für einen schnelleren, effizienteren und serviceorientierten Verwaltungsvollzug enthält. Diese könnten auch über Bayern hinaus Wirkung zeigen. Auf dieser Basis sollen die bayerischen Ministerien zusammen mit den Vollzugsbehörden in ihrem Zuständigkeitsbereich konkrete Maßnahmen entwickeln.

So soll zum Beispiel die Digitalisierung vorangetrieben werden – allerdings nur da, wo sie eine wirkliche Erleichterung und „eine Vereinfachung der Abläufe sowohl für die Bürger und Unternehmen als auch für die Behörden“ zur Folge habe, heißt es in dem Papier. Denn auch die beste Digitalisierung helfe nichts, wenn die Vorgaben und Regularien selbst komplex

»Die gediegene Bürokratie ist lähmend und ärgerlich, sie ist aber die höchstentwickelte Art der Staatsorganisation.«

Dr. Peter Forgács, freiberuflicher Soziologe und Autor



»Wir brauchen Entscheidungen, die Zeit zu handeln ist jetzt.«



Dr. Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Industrie- und Handelskammer

sind. Denn schlechte Prozesse seien auch digitalisiert immer noch schlechte Prozesse. Aus diesem Grund sollen laut Nussel Anträge und Erklärungen einfacher gestaltet und auf das Nötigste reduziert werden. Auch die Bearbeitung der Verfahren solle „nach Eilbedürftigkeit beziehungsweise Priorisierung und anschließend grundsätzlich nach Eingangsdatum“ erfolgen, damit „schwierige und komplexe Vorgänge nicht längere Zeit unbearbeitet bleiben“. Zudem fordert Nussel, dass Entscheidungen praxisbezogen und transparent getroffen werden. „Sich nicht zu entscheiden, ist garantiert die falsche Entscheidung.“ Wichtig sei jedoch, keine überbordenden bürokratischen Entscheidungen zu treffen und damit Gold Plating, also die Übererfüllung von Regularien, zu vermeiden.

Lutz Goebel, Vorsitzender des Normenkontrollrats, weist im Gastkommentar auf Seite 3 darauf hin, dass Deutschland dazu tendiere, „Gesetze der Europäischen Union – die fast die Hälfte der deutschen Gesetze ausmachen – auf nationaler Ebene freiwillig zu verschärfen“. Deutschland legt bei Gesetzen also oft noch eine Schippe drauf und schafft so noch mehr Bürokratie.

Ein Umdenken ist nötig

Die Bundesregierung will der überbordenden Bürokratie nun mit einem vierten Bürokratieabbaugesetz entgegenwirken. Damit und mit dem Wachstumschancengesetz soll der Anstieg gestoppt und die Wirtschaft um mehr als 2,3 Milliarden Euro entlastet werden – ein Tropfen auf dem heißen Stein bei einem Erfüllungsaufwand von mehr als 10 Milliarden Euro, der jährlich allein in Unternehmen anfällt. Doch zukünftig könnten zumindest Genehmigungsverfahren, zum Beispiel für Bauvorhaben, schneller abgewickelt werden oder gar ganz entfallen, etwa wenn eine Brücke an der gleichen Stelle ersetzt werden soll. Anfang November haben Bund und Länder den Pakt für „Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“ beschlossen. Die Vereinbarung stelle eine Abkehr von der immer umfangreicheren Bürokratisierung dar, erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz. So soll etwa das Recht modernisiert sowie Prüfschritte in Genehmigungsverfahren reduziert und standardisiert werden. Expertinnen und Experten aus der Industrie befürworten das Vorhaben. Schnell-



»Die Bürokratie nimmt den Betrieben die Luft zum Atmen.«


Marie-Christine Ostermann, Präsidentin des Verbandes Die Familienunternehmer

lere Planungs- und Genehmigungsverfahren sind nicht nur für die Bauindustrie unerlässlich, sondern spielen auch für den Umbau des Energiesystems und den Ausbau der Infrastruktur eine wichtige Rolle. „Nur wenn Deutschland schneller wird, bleiben wir wettbewerbsfähig“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung des Wirtschaftsministers und der Umweltministerin.

Kontrollmechanismen unerlässlich

Die Anstrengungen der Politiker konzentrieren sich dabei nicht nur auf Deutschland. Schließlich liegen auch die Ursachen nicht nur im eigenen Land. Laut dem Bundesministerium für Justiz kommen mehr als die Hälfte der Bürokratielasten aus der EU. Deshalb starten Deutschland und Frankreich nun gemeinsam eine Entlastungsinitiative. Sie soll vor allem kleinen und mittleren Unternehmen zugutekommen. Unter anderem sollen die Berichtspflichten auf ein notwendiges Mindestmaß reduziert oder bei Doppelungen abgeschafft werden und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Für Familienunternehmerin Ostermann geht das nicht weit genug: „Die Politik müsste bei jedem Gesetz, das sie neu erlässt, zwingend einen automatischen Mechanismus einführen, dass allerspätestens nach fünf Jahren jedes Gesetz überprüft wird, ob es überhaupt noch sinnvoll ist und auch ob der Aufwand zur Erfüllung gerechtfertigt ist“, fordert sie. „Für jedes bürokratische Gesetz, das neu eingeführt wird, müsste ein anderes Gesetz wegfallen.“ So war es eigentlich auch schon durch die „One in, one out“-Regel angedacht. „Stattdessen hat sich die Lage aber stark verschlimmert. Wir Familienunternehmer fordern inzwischen, dass für jedes neue bürokratische Gesetz zwei andere bürokratische Gesetze abgeschafft werden müssen.“ Unternehmer Dinglreiter geht sogar noch einen Schritt weiter: „In den Verwaltungen fehlt die Vernetzung. Zu oft herrscht ein Silodenken.“ Während eine Abteilung eine Vorgabe erteile, könne es vorkommen, dass eine andere Abteilung das Gegenteil behauptet. So wollte Dinglreiter etwa neue Fenster einbauen. „Aufgrund des Brand-schutzes dürfen sich die Fenster nicht öffnen lassen. Nach Arbeitsschutzbestimmungen ist das aber unzulässig.“ Was tun? Dinglreiter plädiert für „Muster-Themen“: Jeder Fall, der bereits einmal durchgekämpft wurde, solle festgehalten werden. So erhofft er sich schnellere Prozesse statt individueller juristischer Verfahren.

Martin Wansleben von der DIHK fordert schnelles Handeln: „Ob das Bürokratieent-



+2.400

Mehr neue Rechtsakte als gestrichene Rechtsakte

Nach DIHK-Rechnung hat die EU im Jahr 2021 zwar knapp 1.600 Regelungen gestrichen, allerdings auch etwa 2.400 neue erlassen. 2022 standen 688 gestrichenen Regelungen allerdings 2.429 neue gegenüber. Im Juni 2023 lag das Verhältnis beinahe schon bei 1:5.



ZU VIEL

-1.600



ZU WENIG



3/4 analog

ZU RÜCKSTÄNDIG

Kommunikation mit Behörden analog

Laut einer Befragung des Digitalverbands Bitkom gaben rund drei Viertel der Unternehmen an, dass sie Dokumente ausdrucken müssen, um mit der Verwaltung zu kommunizieren. Nur 3 von 10 Unternehmen kommunizieren überwiegend digital.

lastungsgesetz IV, Wachstumschancengesetz, Praxis-Checks oder Deutschland-Pakt – es gibt viele gute politische Initiativen, die nun bei den Unternehmen vor Ort ankommen müssen. Wir brauchen Entscheidungen. Die Zeit zu handeln ist jetzt.“ Damit der Wandel gelingt, seien drei Maßnahmen zentral. Zum einen müssen politische Initiativen praxisnah ausgerichtet werden. „Formate wie die Praxis-Checks, bei denen über 50 Maßnahmen für einen schnelleren Ausbau von Photovoltaik-Anlagen identifiziert werden, sind ein gelungener Ansatz.“ Zum anderen fordert er ein funktionierendes Projektmanagement, das Probleme erfasst, analysiert und löst. Schließlich sei es notwendig, „konsequent alle Abläufe zu digitalisieren“. Doch da hapert es noch.

Digitaler werden

Mit Blick auf die Digitalisierung der öffentlichen Dienste steht Deutschland im europäischen Vergleich nicht gut da. Laut dem Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI), mit dem die europäische Kommission den Digitalisierungsgrad der Länder misst, belegt Deutschland Platz 18. Für Ostermann ist das Ergebnis „peinlich und wettbewerbsschädigend.“ Bislang müssen viele Dokumente doppelt und dreifach ausgedruckt und bei verschiedenen Ämtern eingereicht werden. „Wir müssen ganz dringend die Verwaltung digitalisieren. Diese Modernisierung und eine digitale Identität für alle Bürger wäre Maßnahme Nummer eins, die jetzt dringend schnellstens umgesetzt werden muss, um Bürokratie abzubauen.“

Wie Bürokratieabbau erfolgreich gelingen kann, zeigt eine neue Studie des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn, die von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) in

Auftrag gegeben wurde. Die Studie zieht erstmals auch einen Vergleich zu den Pionieren des Bürokratieabbaus. So setzen die Niederlande etwa nicht auf gesamtwirtschaftlich ausgerichtete Bürokratieabbauziele, sondern kooperieren gemeinsam mit Unternehmern und Wirtschaftsverbänden, um Gesetze zu prüfen und Schwierigkeiten zu identifizieren. Auch Großbritannien gilt als Vorreiter: Bürokratie und Regulierung werden dahingehend betrachtet, inwieweit sie Innovation und Wachstum fördern. Außerdem berufen sich die Briten auf das „Common Law“, das sich nicht nur auf Gesetze, sondern auch auf Präzedenzfälle stützt, und beziehen unabhängige Regulierungsbehörden auf regionaler und nationaler Ebene mit ein. Das INSM hat aus dem Vergleich mit den beiden Ländern konkrete Forderungen für Deutschland abgeleitet, wie etwa regelmäßige qualitative Unternehmensbefragungen oder die Einführung von KMU-Tests, um die Praxis-tauglichkeit und Umsetzbarkeit von neuen Gesetzen zu prüfen.

Unabhängige Kontrollinstanzen

Für Soziologe Forgács ist nicht überraschend, dass der Plan, den bürokratischen Apparat zu verschlanken, immer wieder scheitert. „Leider wurde das immer wieder auf dieselbe Art versucht: durch eine Verwaltungsreform. Es wurde zentralisiert oder dezentralisiert, privatisiert oder verstaatlicht, die Stufen der Hierarchie ver-

»Wir müssen wieder mehr Freiheit generieren. Mehr Restrisiko und Eigenverantwortung.«

Walter Nussel, Beauftragter für Bürokratieabbau und Vorsitzender des Bayerischen Normenkontrollrats



mehrt oder verringert, neue Fachgebiete erschlossen oder bestehende geschlossen. All diese Maßnahmen haben indes denselben Sinn: Die Umorganisation wurde als die einzig wirksame Methode angesehen, mit welcher die Politik sich gegen die Verwaltung behaupten und ihre Macht prolongieren kann. Und alle scheiterten daran kläglich.“ Stattdessen fordert der Soziologe: „Erfrischend wäre es, einmal mit Ehrlichkeit an die Sache heranzugehen. Man sollte einsehen, dass die öffentliche Verwaltung in Kontinentaleuropa staatstragend ist und das Verwaltungspersonal unentbehrlich ist.“ Nur in diesem Fall könne die öffentliche Verwaltung von sich aus bereit sein, die wirtschaftshemmenden administrativen Hürden zu reduzieren.

Für Gisela Färber sind mehrere Maßnahmen notwendig, um der ausufernden Bürokratie entgegenzuwirken. „Zunächst sollten im Bundestag und in den Landtagen Ausschüsse zur Kontrolle und zum Abbau unnötiger Bürokratie eingerichtet werden, die ähnliche Querschnittskompetenzen wie die Haushaltsausschüsse haben sollten.“ Auch fordert sie mehr unabhängige Normenkontrollräte auf Landesebene. „Des Weiteren ist eine wirkliche empirische ‚Erdung‘ des Erfüllungsaufwands auf Ebene von Unternehmen, aber auch von Kommunalverwaltungen vonnöten, was der derzeit verwendete Bürokratiekostenindex des Statistischen Bundesamts nicht leisten kann“, führt sie aus. Schließlich müssten die Anforderungen an die Vollzugstauglichkeit von Recht nicht nur in die Aus- und Weiterbildung der Ministerialverwaltungen eingebaut werden, sondern es bedarf auch Gesetzgebungslabore, die dies vor der Ausformulierung von Gesetzesentwürfen prüfen und bürokratiegenie-

rende Dopplungen mit anderen Rechtsbereichen aufdecken.

Eine intellektuelle Aufgabe


Für Martin Wansleben ist Bürokratie einerseits Orientierung, andererseits aber auch Blockade. „Wie auf der Autobahn braucht jede Gesellschaft und jede Wirtschaftsordnung Leitplanken – als Rahmen und Orientierung. Bürokratie kann diese Spielregeln vorgeben“, erklärt er. Durch die Regelungswut der vergangenen Jahrzehnte sei aber so viel „unnötige“ Bürokratie entstanden, dass diese Leitplanken zu eng geworden sind. „Es kommt zu gravierenden Engpässen und Staus. Das für die Transformation notwendige Deutschland-Tempo bekommen wir so nicht auf die Straße.“ Um mit Wirtschaftsmächten wie den USA mithalten zu können, müsse die Verwaltung hierzulande schneller, effizienter und pragmatischer werden. Dazu gehöre vor allem mehr Vertrauen in Märkte und generell in die Fähigkeit von Unternehmen und Bürgern, auf neue Herausforderungen zu reagieren. Auch Nussel fordert ein Umdenken: Jedes Semester werden er oder seine Mitarbeitenden Vorträge in der Verwaltungsfachhochschule Hof darüber halten, wie man dem Entstehen von neuer Bürokratie entgegenwirken kann. „Dort sitzen diejenigen, die später einmal in der Verwaltung eine gewisse Verantwortung haben, was die Erarbeitung oder Umsetzung von Richtlinien und neuen Gesetzen betrifft.“ Es sei notwendig, das Wissen und die Sensibilität für geeignete Maßnahmen gegen die Überregulierung in die Universitäten und Schulen zu tragen. Wansleben fordert: „Der Staat muss vieles erst gar nicht regeln, erst recht nicht so sehr im Detail, wie es in Deutschland leider üblich ist. Einen solchen Mentalitätswechsel kann auch Deutschland schaffen – aber dafür darf es kein Weiter-so geben.“

So viele Ordner für eine Windkraftanlage

Nach NDR-Recherchen füllen die Unterlagen, die für die Genehmigung einer Windkraftanlage erforderlich sind, im Schnitt 20 Aktenordner. Das sind 1,6 Meter Unterlagen.

20 Ordner

ZU KOMPLIZIERT

A man with glasses and a beard, wearing a dark blue suit, is seated at a wooden table. He is gesturing with both hands, palms facing each other, as if explaining something. The background is a blurred office setting.

»Wir dürfen nicht in die alte Gewohnheit zurückkehren und immer wieder neuen Bürokratie-Speck ansetzen, wo er nicht erforderlich ist.«

.....
Marco Buschmann, über die deutsche Gewohnheit der Überbürokratisierung

Bürokratieabbau ist alternativlos

Für Bundesjustizminister **DR. MARCO BUSCHMANN** ist der Bürokratieabbau ein Konjunkturprogramm zum Nulltarif. Damit das langfristig gelingen kann, sei ein Umdenken notwendig.

Herr Buschmann, wann haben Sie sich zuletzt so richtig über Bürokratie geärgert?

Marco Buschmann: Ach, als Bürger nahezu jeden Tag. Als Politiker bin ich immer noch erstaunt, wie viele papiergebundene Prozesse wir im Ministerium und in der Bundesregierung haben. Innerhalb eines Kalenderjahres haben wir dann in meinem Haus auf E-Akte umgestellt. Jetzt arbeiten wir fast vollständig digital.

Warum hat das bei Ihnen geklappt?

Buschmann: Sie können Prozesse nur umstellen, wenn sie von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragen werden. Ich kann mich glücklich schätzen, ein sehr engagiertes Führungsteam und ein motiviertes Haus zu haben, das sich dieser Herausforderung sofort angenommen hat. Wir haben Kolleginnen und Kollegen zudem zu sogenannten Digitallotsen ausgebildet, die ihren Kollegen weiterhelfen können. Allerdings ist der Prozess nicht abgeschlossen, das wird er wahrscheinlich auch nie.

Der Bürokratieabbau ist in aller Munde. Trotzdem hat Ihnen der Normenkontrollrat (NKR) gerade ein schlechtes Zeugnis ausgestellt und Bürokratiekosten in nie dagewesener Höhe beklagt. Was läuft da falsch?

Buschmann: Der kürzlich veröffentlichte Bericht des NKR erfasst den Zeitraum von Juli 2022 bis Juni 2023. Er ist Rückenwind für meine Warnung vor einem Bürokratie-Burn-out. Die Bundesregierung hat bereits gehandelt. Die Trendwende, die wir bereits im Sommer, aber erst nach dem Juni, dieses Jahres eingeleitet haben, konnte der Bericht noch nicht erfassen. Die Trendwende bei der Bürokratie ist dringender denn je. Die Wirtschaft muss viele Anpassungen bei Digitalisierung, Demografie und Dekarbonisierung stemmen. Dann kommen die Belastungen der Bürokratie noch dazu. Die Unternehmen sind erschöpft. Umso dringender war, dass wir das Ruder rumreißen: Wir haben das Wachstumschancengesetz beschlossen, das erhebliche Entlastungen enthält. Wir werden im Dezember den Gesetzentwurf zum Bürokratieentlastungsgesetz IV vorlegen. Den sogenannten Bürokratie-

Vita

Nach seinem Studium der Rechtswissenschaft arbeitete **Marco Buschmann** von 2007 bis 2014 als Rechtsanwalt. 2016 folgte die Promotion. Sein Engagement für die FDP reicht allerdings weiter zurück. 1994 trat Buschmann in die Partei ein. Es folgten Stationen als Bundesgeschäftsführer und als rechtspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Seit Dezember 2021 ist er Bundesjustizminister.

kostenindex werden wir so auf den niedrigsten Stand seit Beginn der Aufzeichnung drücken.

Sehen Sie in anderen Ministerien die gleiche Bereitschaft?

Buschmann: Zur Ehrlichkeit gehört dazu: Das Projekt musste erst mal in Gang kommen. Aber sowohl der Befund, den der NKR gestellt hat, wie auch meine Sensibilisierungsarbeit tragen Früchte. Minister Habeck hat mir zugesagt, dass es zu einer Vereinfachung des Vergaberechts kommen soll und er viele Berichtspflichten abbauen will. Auch der Gesundheitsminister baut Bürokratie ab. Und der Bundesfinanzminister hat bei wesentlichen Teilen des Wachstumschancengesetzes und auch beim Zukunftsfinanzierungsgesetz dazu beigetragen, die Belastungen zu reduzieren. Von daher: Ja, die Regierung ist auf einem guten Weg, aber ich wünsche mir da weiterhin noch mehr Ehrgeiz.

Der Normenkontrollrat hat gerade das Heizungsgesetz im Hause Habeck als Negativbeispiel benannt.

Was macht Sie also optimistisch?

Buschmann: Der Bürokratieabbau funktioniert ähnlich wie das „Abspecken“. Man hat zwei Phasen: In der ersten muss man Ballast abwerfen, in der zweiten müssen sich Lebensgewohnheiten ändern. Wir dürfen nicht in die alte Gewohnheit zurückkehren und immer wieder neuen Bürokratie-Speck ansetzen, wo er nicht erforderlich ist. Natürlich wäre ein bürokratieärmeres Gebäudeenergiegesetz da noch besser gewesen.

Befürchten Sie, dass beim Druck, im Haushalt zu sparen, der Bürokratieabbau wieder unter die Räder gerät?

Buschmann: Ich bin ein chronischer Optimist, deshalb versuche ich aus jeder Lage das Beste zu machen.

Das heißt?

Buschmann: Bürokratieabbau wird in einer Zeit, in der das Geld knapp ist, noch wichtiger. Er ist ein Konjunkturprogramm zum Nulltarif. Von ▶

daher empfinde ich für mein Anliegen eher noch mehr Rückenwind.

In der Wirtschaft heißt es, das Einzige, was wirklich geholfen hat, war die „One in, one out“-Regel. Man könnte ja auch das Prinzip festlegen, dass immer die bürokratieärmere Regelung greift. Was halten Sie davon?

Buschmann: Prinzipiell ist das eine gute Sache. In Wahrheit haben wir ja so was Ähnliches bereits in unserer Verfassungsordnung. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip besagt beispielsweise, dass man immer überlegen sollte, eine Regelung zu finden, die möglichst wenig in die Grundrechte eingreift. Zu den Grundrechten gehören auch die Eigentumsfreiheit und die Berufsfreiheit des Unternehmers. Ich finde auch, dass die „One in, one out“-Regel großen Charme hat. Sie funktioniert aber nur dann, wenn man Bürokratie auch systematisch misst. Deshalb funktioniert sie beispielsweise auf europäischer Ebene nicht, weil wir dort keine flächendeckende und systematische Ermittlung von Bürokratiekosten haben. Es nützt ja nichts, wenn ich ein Gesetz rausnehme, das mich wenig entlastet, und dafür ein neues Gesetz mache, das mich stark belastet. Da brauchen wir auch eine funktionierende Messung. Sonst funktioniert die Sache nicht.

Das Beispiel Lieferkettengesetz kommt einem bei der Frage nach Zielkonflikten sofort in den Sinn. Kann man diesen auflösen?

Buschmann: Das Lieferkettengesetz ist das Abschiedsgeschenk der Regierung Merkel an unser Land gewesen, das aber jetzt erst zu greifen beginnt. Man muss sich in dem Zusammenhang immer fragen, ob dieses Instrument dem Kriterium „Augenmaß“ standhält. Also ob es für diejenigen, der es befolgen muss, im täglichen Leben auch umsetzbar und handhabbar ist. Wenn Unternehmen sagen: „Das schaffen wir gar nicht. Die einzige Alternative, die wir haben, ist die Aufgabe eines Geschäftszweiges oder sogar eine finanzielle Schieflage“ – spätestens dann muss man feststellen, dass etwas gut gemeint, aber eben nicht gut gemacht ist. Wir brauchen mehr Nüchternheit

und Sachlichkeit, als das in den letzten zehn Jahren vielleicht Mode war.

Ist denn die Weiterentwicklung auf EU-Ebene ein Fortschritt?

Marco Buschmann: Sowohl die deutsche Wirtschaft als auch meine Partei hatten sich sehr stark gegen das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz engagiert. Auch gerade mit dem Argument, dass so was nur auf europäischer Ebene Sinn macht, weil es dann ein Level-Playing-Field, also fairen Wettbewerb innerhalb der EU, für alle gibt. Es kann nicht sein, dass wir der deutschen Wirtschaft einen Stein um den Hals hängen, der aber für den französischen oder den italienischen Wettbewerber nicht gilt. Es macht mir große Sorge, dass es auf europäischer Ebene – sowohl im Parlament wie auch im Rat – Ideen gibt, die Regulierung noch strenger zu machen als heute in Deutschland. Im Gespräch sind ja beispielsweise sehr weitgehende Haftungsregelungen, die möglicherweise dazu führen, dass mittelständische Betriebe, die Zulieferbeziehungen in der ganzen Welt haben, die Haftungsrisiken nicht mehr vernünftig managen können. Dagegen setzen wir uns ein. Gerade die Interessen unserer mittelständischen Wirtschaft liegen mir sehr am Herzen.

In der Corona-Krise waren es die Gesundheitsämter, jetzt sind es die Ausländerbehörden, bei denen Digitalisierung noch gar nicht funktioniert. Warum ist das so schwierig?

Anderer Länder schaffen es ja auch.

Buschmann: In Deutschland haben wir ein föderales System. Zum Beispiel ist die Justiz in den allerweitesten Teilen Sache der Bundesländer. Wenn Sie merken, dass Datensätze in dem einen Bundesland funktionieren, aber im nächsten nicht mehr, dann ist das ein Problem. In der Justizpolitik haben wir deshalb in diesem Jahr einen Meilenstein erzielt: Wir haben mit den Bundesländern eine Digitalisierungsinitiative für die Justiz beschlossen, die große Synergien durch mehr Kooperation schafft.

Bürokratie kann für den Staat sehr nützlich sein, weil sie den Staat ernährt. Nun hat die Ampel viele Ministerien personell aufgerüstet.

Gibt es da einen Widerspruch zum Abbau von Bürokratie?

Buschmann: Wir leben in der Zeit des demografischen Wandels. Selbst wenn ich morgen tausend Planstellen ausschreibe, finde ich ja gar nicht die qualifizierten Bewerber dafür. Es wäre übrigens auch volkswirtschaftlicher Irrsinn, bei einem kleiner werdenden Erwerbspersonenpotenzial als Staat einen immer größeren Anteil von diesem schrumpfenden Kuchen an sich zu binden. Das entzieht der Wirtschaft die Möglichkeit, die Wertschöpfung zu betreiben, von der am Ende auch der Staat lebt.


Was ist Ihre Erwartung an die Wirtschaft?

Buschmann: Die Unterstützung der Wirtschaft für den Bürokratieabbau ist groß. Wir brauchen den engen Dialog mit der Wirtschaft, denn die Sachdebatte mit den Fragen „Was ist der Nutzen, was der Aufwand?“ können am besten die beantworten, die es dann hinterher im Betrieb umsetzen müssen. Doch manchmal ist auch die Wirtschaft Bürokratietreiber. So wünschen sich bestimmte Branchen Sonderregelungen und Standards, um Haftungsrisiken auszuschalten. Aber klar ist auch: Den größten Teil zur Bürokratieenthaltbarkeit muss die Politik beitragen. Denn in der Politik gibt es häufig den Hang, mit möglichst vielen Vorschriften zu belegen, dass man etwas getan hat.

In Berlin gibt es die Debatte um den Görlitzer Park. Nun will man einen Zaun bauen, der europaweit ausgeschrieben wird. Wird es in absehbarer Zeit diesen Schutz geben?

Buschmann: Das Vergaberecht ist insgesamt zu kompliziert. Es führt dazu, dass diejenigen, die den Zuschlag erhalten, sich zurücklehnen können. Denn wenn der Staat einmal so einen Vergabeprozess durchlaufen hat, ist er selber auch im Bürokratie-Burn-out. Und jeder Verantwortliche denkt: Egal was passiert, bloß kein neues Vergabeverfahren! Das ist ein klarer Fehlanreiz. Das muss transparenter und einfacher werden. P

*Das Gespräch führte
Kerstin Münstermann*

A portrait of Marco Buschmann, a middle-aged man with short grey hair, a beard, and glasses. He is wearing a dark blue suit, a white shirt, and a blue and brown striped tie. He is sitting at a wooden table with his hands clasped in front of him. The background is a bright, out-of-focus interior space.

**»Ich bin ein
chronischer Optimist,
deshalb versuche ich
aus jeder Lage das
Beste zu machen.«**

Marco Buschmann, über seine Einstellung
zur politischen Situation



Mathematik,
Informatik,
Naturwissenschaften
und Technik:
Testen Sie Ihr
Wissen im
MINT-Quiz

Technik

Wie funktioniert kabelloses Laden?

In unserem Smartphone steckt unser ganzes Leben. Es erinnert uns an Termine, recherchiert all unsere Fragen und ist unser Kommunikationstool Nummer eins. Natürlich kümmern wir uns darum, dass es immer ausreichend geladen ist. Doch den Kabelsalat in der Tasche oder auf dem Tisch mag wohl niemand. Zum Glück kann man sein Smartphone heute auch induktiv, also durch Auflegen auf eine Lade- fläche, mit Energie versorgen. Doch wissen Sie eigentlich:

Wie funktioniert das kabellose Laden?

A Es werden Mikrowellen erzeugt, die Energie liefern.

B Ein elektro- magnetisches Feld wird durch Wechselstrom erzeugt.

C Es basiert auf chemischen Reaktionen in der Batterie.

Die richtige Antwort:

Antwort B ist richtig. Kabelloses Laden oder Wireless Charging beruht auf dem physikalischen Prinzip der Induktion, das bereits der englische Naturforscher Michael Faraday im Jahr 1831 entdeckt hatte. Die Bewegung eines elektrischen Leiters innerhalb eines Magnetfeldes erzeugt eine elektrische Spannung und einen damit verbundenen Stromfluss. Ähnlich funktioniert es auch bei einem Mobilgerät: Sowohl in der Ladestation als auch im Smartphone sind elektrische Spulen eingebaut. Sobald die Ladestation an die Steckdose angeschlossen wird, fließt Wechselstrom. Dadurch wird ein Magnetfeld erzeugt, das wiederum Strom induziert. Genauer gesagt: Der Strom geht von einer Spule auf die andere über, anschließend in den Akku. Auch wenn kabelloses Laden bequemer ist und Kabelsalat reduziert, hat es seine Nachteile: Der Ladegewinn dauert länger, da mehr Energie verloren geht, und während des Ladens ist es zudem nicht möglich, das Smartphone zu verwenden.

MINT-Report

Zu wenig MINT-Lehrkräfte

Laut MINT-Herbstreport 2023 des Institutes der deutschen Wirtschaft gibt es **zu wenig Lehrkräfte für einen qualifizierten Unterricht** in den MINT-Fächern. Aufgrund steigender Schülerzahlen und vermehrt aus dem Schuldienst ausscheidender Lehrkräfte wird sich diese Entwicklung weiter verschärfen. Vorausberechnungen zufolge werden zum Schuljahr 2032/2033 an den allgemeinbildenden Schulen allein etwa 133.000 MINT-Lehrkräfte in den Sekundarstufen I und II fehlen. Laut Stifterverband werden jährlich rund 35.000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt, allerdings erreichen nur etwa 28.000 Nachwuchskräfte das Ende des Referendariats: Noch zu

wenige junge Menschen beginnen ein Lehramtsstudium, und viel zu wenige schließen es ab. Viele Lehrkräfte fühlen sich nicht ausreichend auf die Schule vorbereitet und vermissen zeitgemäße Fortbildungen auch während der Laufbahn. Der Lehrkräftemangel wirft die Frage nach der Flexibilität der Ausbildung und dem besten Praxiseinstieg neu auf. Es gibt dringenden Handlungsbedarf. Der MINT-Report entsteht im Auftrag von Gesamtmetall, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Initiative „MINT Zukunft schaffen“.

<https://www.gesamtmetall.de/themen/mint-report/>



IG Metall

Gewerkschaft unter weiblicher Führung

Auf dem 25. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall ist als erste Frau in der Geschichte der Gewerkschaft **Christiane Benner** (55, 2. v. l.) zur neuen Ersten Vorsitzenden gewählt worden. Sie erhielt 96,4 Prozent der Stimmen. Benner wird künftig die Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik sowie Betriebspolitik verantworten.

Jürgen Kerner (54, M.) leitet als Zweiter Vorsitzender die Bereiche Industriepolitik, Branchenarbeit sowie Kommunikation und Mitglieder. **Nadine Boguslawski** (45, 2. v. r.) ist Hauptkassiererin und wird die Tarifpolitik der IG Metall führen, **Hans-Jürgen Urban** (62, r.) verantwortet die Bereiche Sozialpolitik, Arbeitsgestaltung und Qualifizierungspolitik. **Ralf Reinstädtler** (57, l.) leitet die gewerkschaftliche Bildungsarbeit.



Rentenversicherung Bund

Wohlfeil an der Spitze

Zum Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Rentenversicherung Bund wurde **Jens Dirk Wohlfeil** gewählt. Er vertritt die Gruppe der Arbeitgeber. Wohlfeil ist in seinem Hauptamt Geschäftsführer Tarif- und Sozialpolitik beim Arbeitgeberverband Gesamtmetall.



bayme vbm

Hatz wiedergewählt

Wolfram Hatz ist als Präsident der bayerischen Metall- und Elektro-Arbeitgeberverbände bayme vbm für zwei weitere Jahre wiedergewählt worden. Seine Wahl wurde von der bayme vbm Mitgliederversammlung bestätigt.



Selbstverwaltung BGHM und BG ETEM

Neue und bekannte Vorstände

Professor **Dr. Eckhard Kreßel** (ehemals Daimler AG) wurde erneut zum Vorsitzenden des Vorstandes der Berufsgenossenschaft Holz und Metall (BGHM) auf Arbeitgeberseite gewählt. Er ist seit 2007 Mitglied des Vorstandes der BGHM und seit 2015 Vorsitzender. Der Vorstand der Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM) wählte **Dr. Bernhard Ascherl** (ehemals Siemens AG) wieder zum Vorsitzenden auf Arbeitgeberseite. Er gehört dem Vorstand seit 1999 an und ist seit 2011 dessen Vorsitzender.

Damit haben in den Vorständen beider unter anderem für die M+E-Industrie zuständigen Berufsgenossenschaften auf Vorschlag des Listenträgers Gesamtmetall erneut M+E-Vertreter den Vorsitz.





Wo sollen die alle nur wohnen?

Zu wenig Wohnraum für zu viele Menschen: Deutschland steckt in einer Wohnkrise.

Helfen könnte nur der rasante Neubau von Wohnungen,
doch der stockt massiv. Woran das liegt und was zu tun ist.



1. Das Problem:

Wer in Deutschland eine neue Bleibe sucht, braucht einen langen Atem und Kampfgeist. Ist dann doch eine verfügbare Immobilie gefunden, ist sie oft fast existenzgefährdend teuer – egal ob zur Miete oder zum Kauf.

Laut Fünf-Jahres-Vergleich der Angebotsmieten von der Immobilienplattform immowelt sind die Mieten zuletzt in allen deutschen Städten gestiegen – in ohnehin schon teuren Städten wie Stuttgart um etwa 22 Prozent. Spitzenreiter sind kleinere Städte wie Rostock oder Heilbronn mit 37 bzw. 34 Prozent Steigerung von 2017 bis 2022.

Betrachtet man die Mietpreise im Neubau im ähnlichen Zeitraum, sieht es laut einer empirica-Studie noch dramatischer aus. Die Erhebung kommt auf eine Steigerung von fast 50 Prozent in Berlin oder 40 Prozent in Freiburg. Hinzu kommen extrem gestiegene Nebenkosten und Energiepreise.

Bis zur Corona-Krise erhöhten sich die Mieten in den meisten Großstädten nahezu ungebremst. Nach einer Trendverschiebung in Richtung kleinerer Großstädte legten zuletzt auch die Metropolen wieder zu – wohl auch weil es sich viele Menschen gerade dort nicht mehr leisten können, eine Immobilie zu kaufen.

Kein Wunder, denn die gestiegenen Bauzinsen sorgen dafür, dass Eigentum für weite Teile der Bevölkerung unerschwinglich ist. Seit 2021 haben sich die Bauzinsen laut Deutscher Bundesbank fast vervierfacht. Und die

Immobilienpreise haben laut Statista Immobilienpreis-Report 2022 gegenüber dem Jahr 2015 um rund 63 Prozent zugenommen. Die Preise für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude in Deutschland sind laut Statistischem Bundesamt im Mai 2023 um fast neun Prozent gegenüber Mai 2022 gestiegen.

Die Folgen der Misere: Rund elf Prozent der Bevölkerung in Deutschland lebten laut Statistischem Bundesamt 2021 in Haushalten, die durch Wohnkosten – egal ob Miete oder Eigentum – überbelastet waren. Das

heißt, sie mussten mehr als 40 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für das Wohnen ausgeben. Damit liegt Deutschland im EU-Vergleich hinter Griechenland, den Niederlanden, Luxemburg, Bulgarien und Dänemark auf Platz sechs. Wer sich die Mietpreise oder einen Kauf noch leisten kann, hat Glück. Denn Sozialwohnungen sind rar. Im Jahr 2022 wurden nach Schätzungen der Länder zwar etwa 25.000 neue Sozialwohnungen in Deutschland gebaut. Gebraucht hätte man laut Berechnungen GdW, des Spitzenverbandes der deutschen Wohnungswirtschaft aber etwa 100.000 neue geförderte Mietwohnungen.

2. Die Gründe:

Es ist ein gefährlicher Mix. Der hohe Bedarf an neuem Wohnraum trifft auf extrem hohe Baukosten und Zinsen auf Rekordhöhe. Hinzu kommt, dass

die Rahmenbedingungen seitens der Politik nicht attraktiv sind: Lange Baugenehmigungsverfahren, viele Bauvorschriften, knappes und teures Bauland. Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, sieht zusätzlich den „nahezu kompletten Wegfall der Neubauförderung 2022 und die weitere Verschärfung energetischer Standards zum 1. Januar 2023“ als Gründe für die Krise. Auch Axel Gedaschko, Präsident des GdW, bestätigt, dass „die Regierung den sozial orientierten Vermietern die Investitionsfähigkeit weiter kappt“.

Die Folge: Für Investoren und private Haushalte lohnt sich das Bauen nicht mehr. Auch sozial orientierte Wohnungsunternehmen könnten „unter den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht mehr in bezahlbaren Wohnungsbau investieren“, erklärt Gedaschko.

Laut Statistischem Bundesamt sank die Zahl der erteilten Baugenehmigungen für neue Wohngebäude in Deutschland vom Juni 2022 zum Juni 2023 um fast 30 Prozent. „Es liegen Projekte für Tausende Mietwohnun-

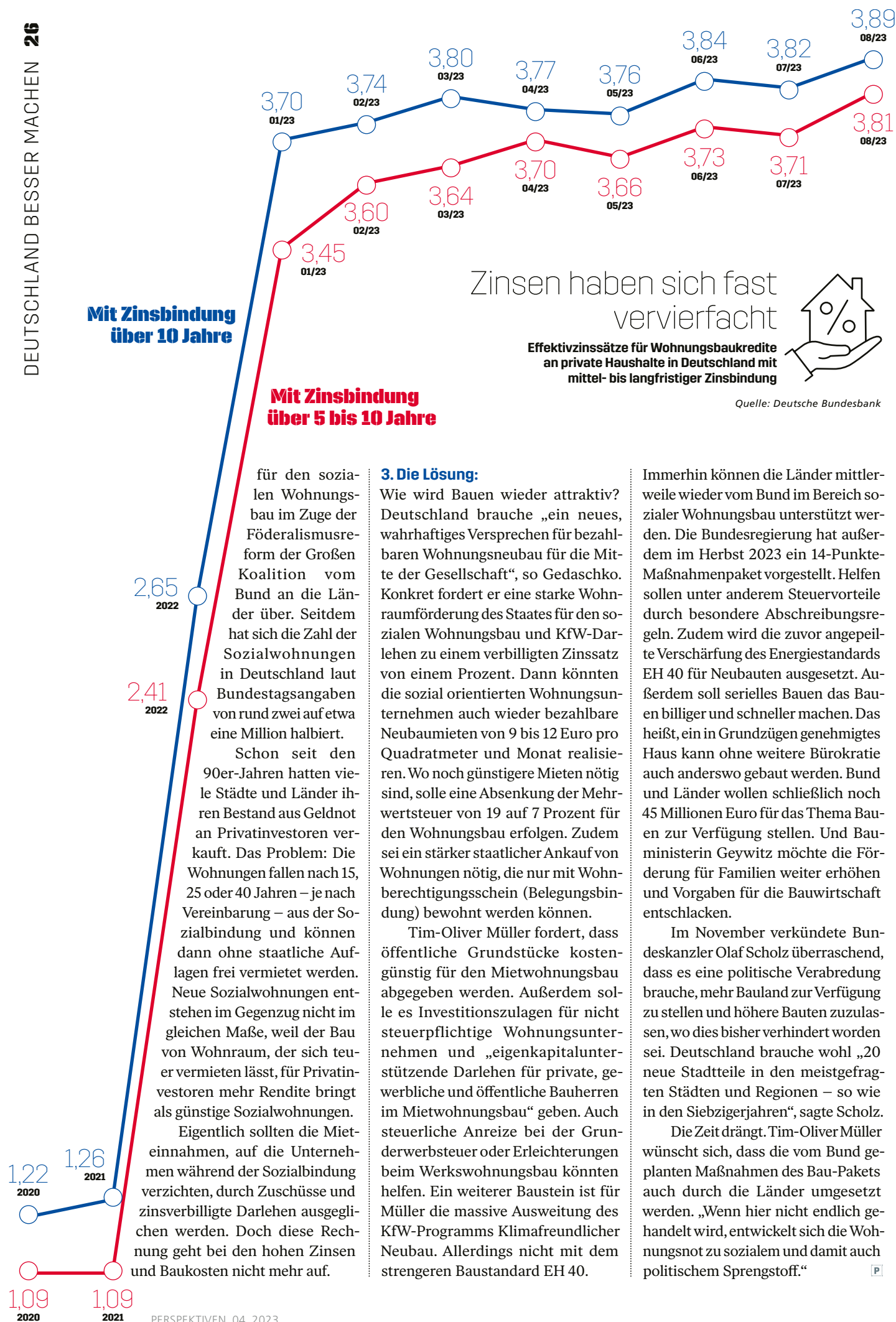
gen in der Schublade, die aufgrund hoher Zinsen nicht gebaut werden“, erklärt Müller. Ein Beispiel: Deutschlands größter Wohnungsbaukonzern Vonovia kündigte im September 2023 an, aufgrund der Rahmenbedingungen den geplanten Bau von 60.000 Wohnungen vorerst auf Eis zu legen.

Es braucht also dringend Wohnraum. „Bereits heute fehlen in Deutschland schon 700.000 Wohnungen“, sagt Tim-Oliver Müller. Andere Expertenschätzungen liegen sogar noch höher. Vor allem in den Ballungsräumen spitzt sich die Lage zu. In Berlin etwa entstehen jährlich etwa 13.000 neue Wohnungen – bei einem Zuzug von 65.000 Menschen pro Jahr.

Die Bundesregierung hat sich deshalb das Ziel gesetzt, dass jährlich 400.000 neue Wohnungen gebaut werden. Davon sollen 100.000 Wohnungen durch öffentliche Gelder gefördert werden. Doch dieses Ziel wurde bereits 2022 um über 100.000 Wohnungen verfehlt und wird wohl auch 2023 nicht erreicht. „Eine aktuelle Untersuchung befürchtet sogar für 2024 lediglich 177.000 Fertigstellungen“, sagt Müller.

Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, spricht von einem strukturellen Problem, bei dem mehr Geld nicht helfe. Es brauche mehr Digitalisierung, industrielle Vorfertigung und mehr Fachkräfte. Müller hält dagegen: Das deutsche Bauhauptgewerbe habe die Zahl der Beschäftigten seit 2009 um fast ein Drittel erhöht. Zusätzlich stiegen die Investitionen zwischen 2009 und 2021 um 120 Prozent.

Obwohl aufgrund des Zuzuges von Flüchtlingen und der hohen Inflation der Bedarf an günstigen Sozialwohnungen steigt, sieht es in diesem Bereich besonders schlecht aus. Die Gründe liegen auch in der Vergangenheit. 2006 ging die Verantwortung



für den sozialen Wohnungsbau im Zuge der Föderalismusreform der Großen Koalition vom Bund an die Länder über. Seitdem hat sich die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland laut Bundestagsangaben von rund zwei auf etwa eine Million halbiert.

Schon seit den 90er-Jahren hatten viele Städte und Länder ihren Bestand aus Geldnot an Privatinvestoren verkauft. Das Problem: Die Wohnungen fallen nach 15, 25 oder 40 Jahren – je nach Vereinbarung – aus der Sozialbindung und können dann ohne staatliche Auflagen frei vermietet werden. Neue Sozialwohnungen entstehen im Gegenzug nicht im gleichen Maße, weil der Bau von Wohnraum, der sich teuer vermieten lässt, für Privatinvestoren mehr Rendite bringt als günstige Sozialwohnungen.

Eigentlich sollten die Mieteinnahmen, auf die Unternehmen während der Sozialbindung verzichten, durch Zuschüsse und zinsverbilligte Darlehen ausgeglichen werden. Doch diese Rechnung geht bei den hohen Zinsen und Baukosten nicht mehr auf.

3. Die Lösung:

Wie wird Bauen wieder attraktiv? Deutschland brauche „ein neues, wahrhaftiges Versprechen für bezahlbaren Wohnungsneubau für die Mitte der Gesellschaft“, so Gedaschko. Konkret fordert er eine starke Wohnraumförderung des Staates für den sozialen Wohnungsbau und KfW-Darlehen zu einem verbilligten Zinssatz von einem Prozent. Dann könnten die sozial orientierten Wohnungsunternehmen auch wieder bezahlbare Neubaumieten von 9 bis 12 Euro pro Quadratmeter und Monat realisieren. Wo noch günstigere Mieten nötig sind, solle eine Absenkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent für den Wohnungsbau erfolgen. Zudem sei ein stärker staatlicher Ankauf von Wohnungen nötig, die nur mit Wohnberechtigungsschein (Belegungsbindung) bewohnt werden können.

Tim-Oliver Müller fordert, dass öffentliche Grundstücke kostengünstig für den Mietwohnungsbau abgegeben werden. Außerdem solle es Investitionszulagen für nicht steuerpflichtige Wohnungsunternehmen und „eigenkapitalunterstützende Darlehen für private, gewerbliche und öffentliche Bauherren im Mietwohnungsbau“ geben. Auch steuerliche Anreize bei der Grunderwerbsteuer oder Erleichterungen beim Werkwohnungsbau könnten helfen. Ein weiterer Baustein ist für Müller die massive Ausweitung des KfW-Programms Klimafreundlicher Neubau. Allerdings nicht mit dem strenger Baustandard EH 40.

Immerhin können die Länder mittlerweile wieder vom Bund im Bereich sozialer Wohnungsbau unterstützt werden. Die Bundesregierung hat außerdem im Herbst 2023 ein 14-Punkte-Maßnahmenpaket vorgestellt. Helfen sollen unter anderem Steuervorteile durch besondere Abschreibungsregeln. Zudem wird die zuvor angepeilte Verschärfung des Energiestandards EH 40 für Neubauten ausgesetzt. Außerdem soll serielles Bauen das Bauen billiger und schneller machen. Das heißt, ein in Grundzügen genehmigtes Haus kann ohne weitere Bürokratie auch anderswo gebaut werden. Bund und Länder wollen schließlich noch 45 Millionen Euro für das Thema Bauen zur Verfügung stellen. Und Bauministerin Geywitz möchte die Förderung für Familien weiter erhöhen und Vorgaben für die Bauwirtschaft entschlacken.

Im November verkündete Bundeskanzler Olaf Scholz überraschend, dass es eine politische Verabredung brauche, mehr Bauland zur Verfügung zu stellen und höhere Bauten zuzulassen, wo dies bisher verhindert worden sei. Deutschland brauche wohl „20 neue Stadtteile in den meistgefragten Städten und Regionen – so wie in den Siebzigerjahren“, sagte Scholz.

Die Zeit drängt. Tim-Oliver Müller wünscht sich, dass die vom Bund geplanten Maßnahmen des Bau-Pakets auch durch die Länder umgesetzt werden. „Wenn hier nicht endlich gehandelt wird, entwickelt sich die Wohnungsnot zu sozialem und damit auch politischem Sprengstoff.“



100.000 Wohnungen zu wenig fertiggestellt

Bilanz zwischen Bedarf und Realität
im deutschen Wohnungsbau 2022 in Anzahl Wohneinheiten / Prozent

295.275 Fertigstellung.

74%

-26%

400.000 Bedarf Wohnungsneubau insg.

25.000 Fertigstellung.

25%

-75%

100.000 Bedarf Sozialwohnungen

Quelle: Statistisches Bundesamt, GdW-Berechnungen



Abschwung verschärft sich weiter

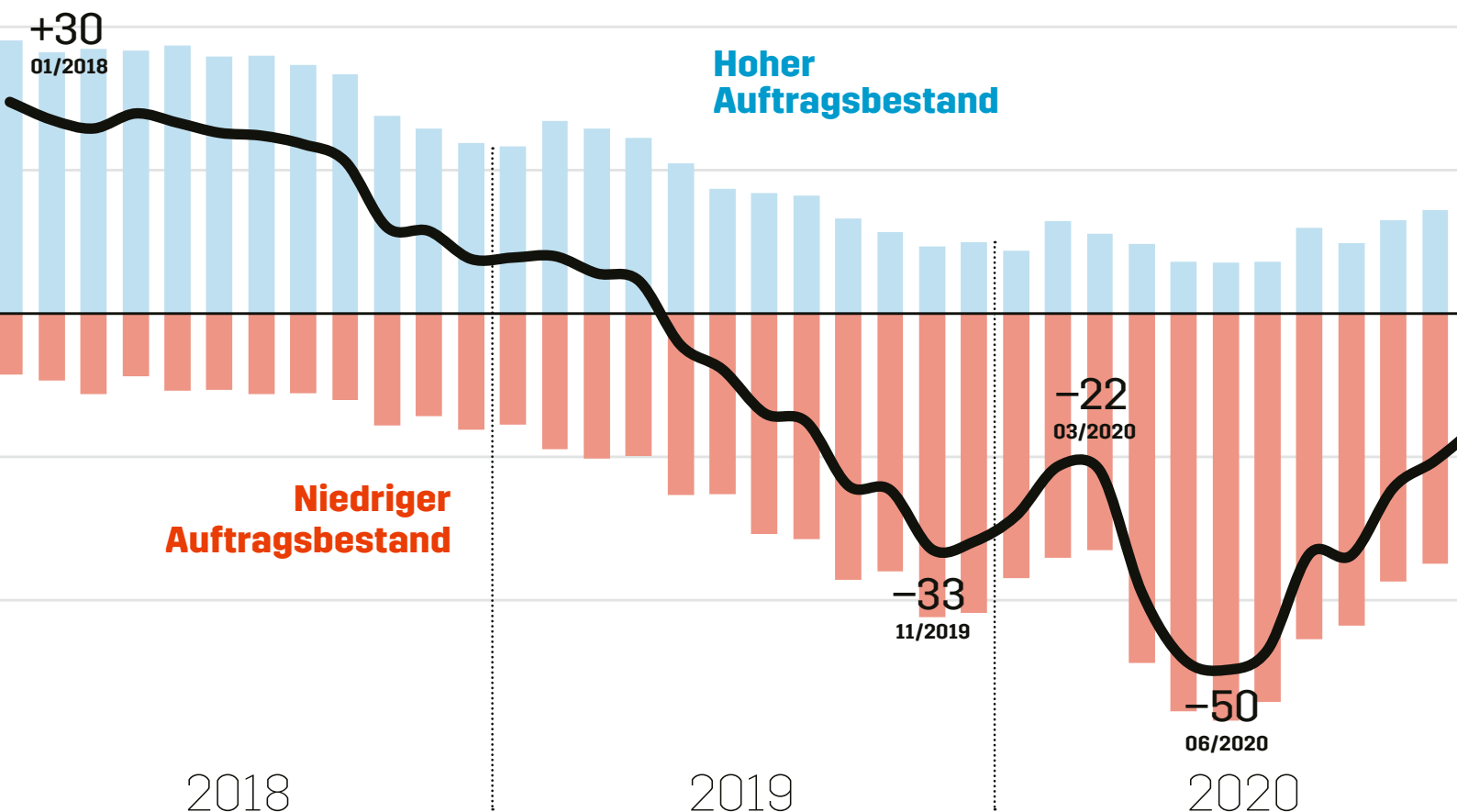
In der M+E-Industrie waren Neuaufträge, Absatz und Produktion im dritten Quartal rückläufig. Der Absatz hielt sich infolge von Auftragsbeständen dabei noch am stabilsten, tendiert inzwischen aber ebenfalls nach unten. Wird sich der Abwärtstrend und damit die Rezession trotz vermeintlich hoher Auftragsbestände weiter verstärken?

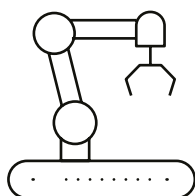
Die Neuaufträge in der M+E-Industrie sind weiter rückläufig. Das Auftragsvolumen lag von Januar bis September um 5,6 Prozent unter dem Vorjahreszeitraum. Die M+E-Firmen bewerten Nachfrage und sogar den Auftragsbestand inzwischen negativ. Jedes dritte M+E-Unternehmen berichtet von Auftragsmangel.

Insgesamt erweisen sich die vermeintlich komfortablen Auftragspolster, die in den vergangenen Quartalen aufgebaut wurden, angesichts von Stornierungen und der Verschiebung von Abrufen als sehr unsicher. Dementsprechend ist die M+E-Produktion nach den Nachholeffekten in der ersten Jahreshälfte ebenfalls abwärtsgerichtet. Die Produktionspläne fielen im Oktober auf den tiefsten Stand seit dem Höhepunkt der Corona-Krise 2020. Auch Absatz und Umsatz sind wieder nach unten gerichtet.

Die Zahl der M+E-Beschäftigten lag im September zwar noch um 1,3 Prozent über dem Vorjahr und erreichte mit 3,985 Millionen den höchsten Stand seit Anfang 2020. Der (Wieder-)Aufbau wird neben dem Strukturwandel und den weiterhin bestehenden Arbeitskräfteengpässen immer stärker von der Nachfrageschwäche ausgebremst. Die Personalpläne wurden im Oktober deutlich abwärts korrigiert, während Neuanzeigen für Kurzarbeit sprunghaft anstiegen.

Die M+E-Firmen blicken zudem pessimistisch auf die kommenden Monate, während die Lage nur noch neutral bewertet wird. Das Geschäftsklima fiel im Oktober auf den tiefsten Stand seit Juli 2020. Schwache Exporte, gestiegene Zinsen und eine erodierte Standortqualität sprechen gegen einen baldigen Umschwung. Vielmehr droht die Rezession sich weiter zu verschärfen.

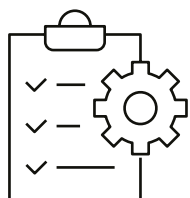
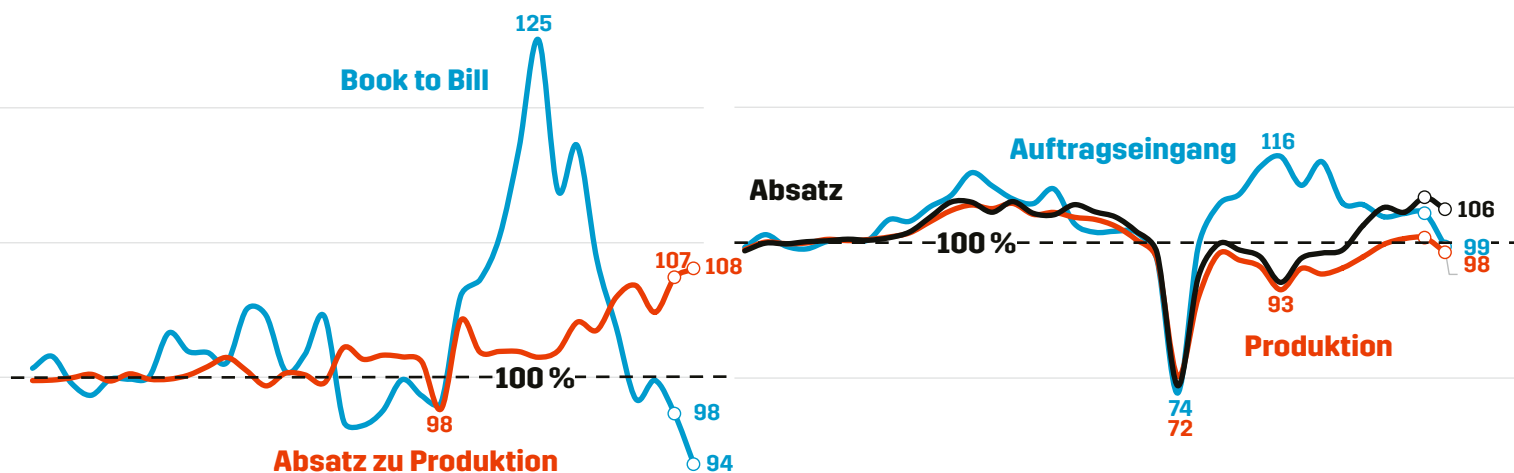




Aufträge und Produktion nehmen ab

Entwicklung von Auftragseingang und Produktion M+E-Industrie

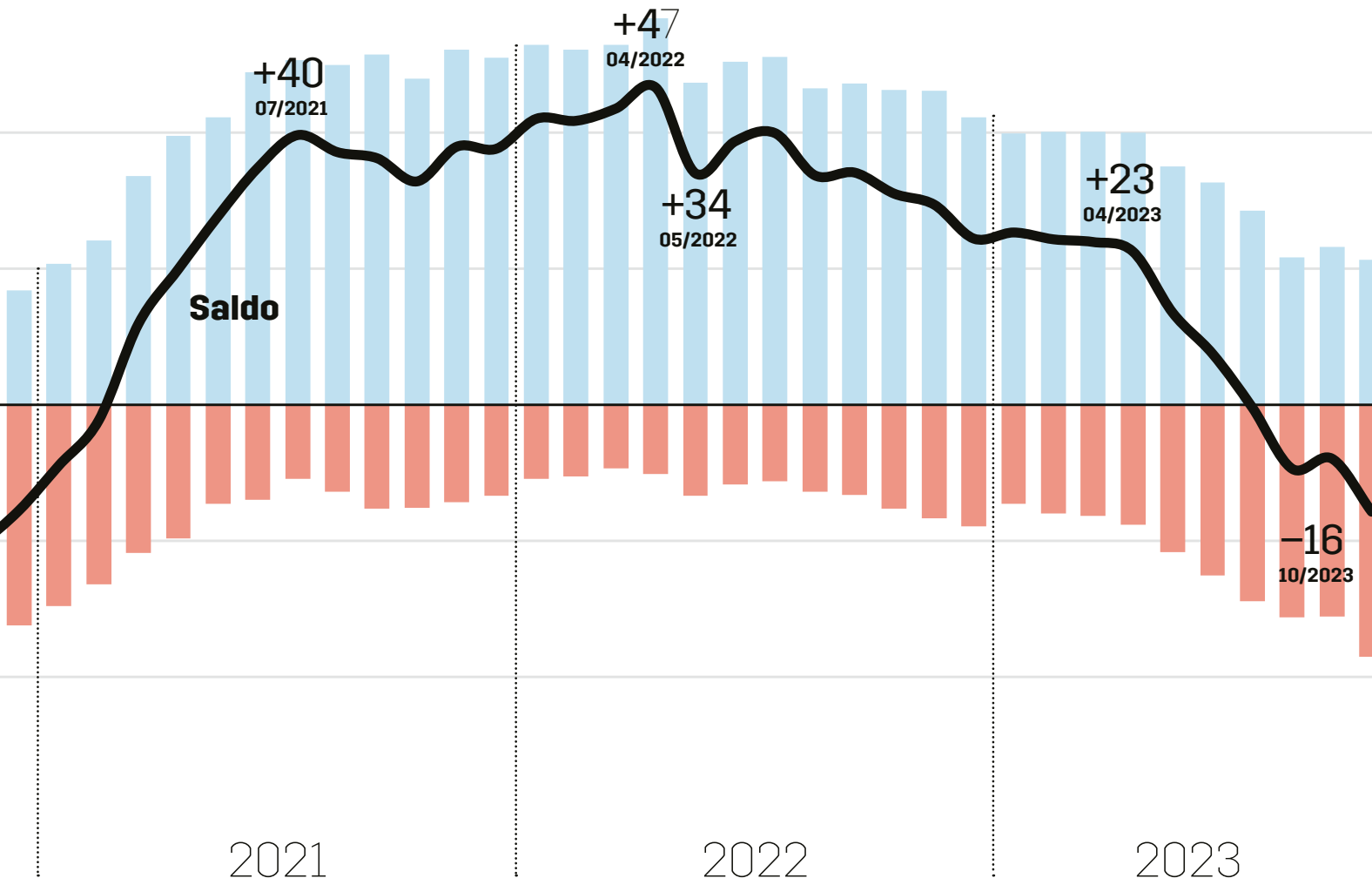
Preis-, kalender- und saisonbereinigte Indizes (Ø 2015 = 100); Stand: Oktober 23



Auftragsbestand der M+E-Firmen sinkt weiter

Anteil der M+E-Unternehmen mit hohem Auftragsbestand (+) gegen niedrige Auftragsbestände (-) und Saldo der Werte

Index





Was wurde aus dem ...

Tarifeinheitsgesetz?

Was passiert, wenn in einem Betrieb mehrere Gewerkschaften die gleichen Beschäftigtengruppen vertreten, aber unterschiedliche Tarifverträge aushandeln? Das **Tarifeinheitsgesetz** (§ 4a TVG) trat 2015 in Kraft und sollte solche Konflikte zwischen konkurrierenden Gewerkschaften schlichten. Die Lösung: Es sollte nur der Tarifvertrag der Gewerkschaft angewendet werden, die mehrheitlich im Unternehmen vertreten ist. Die Minderheitsgewerkschaft sollte diesen Tarifvertrag dann lediglich nachzeichnen können. Durch eine Nachbesserung des Gesetzes 2019 wurde ergänzt, dass die Interessen der kleineren Gewerkschaft im Verhandlungsprozess ernsthaft und wirksam berücksichtigt werden sollen. Eine Maßregelung des Arbeitskampfes erfolgte aber nicht. Ursache des Gesetzes waren insbesondere Konflikte im Flug- und Bahn-

verkehr. Aktuell sind bei der Deutschen Bahn, die das Gesetz seit 2020 anwendet, 72 Betriebe von der Gewerkschaftskonkurrenz betroffen – in 18 Betrieben dominiert die kleinere GDL und in 54 die größere EVG. Die Feststellung der Mehrheit der Mitglieder erfolgte über die Betriebsratswahlen. Als kleinere Gewerkschaft versucht die GDL extrem zu mobilisieren und zu polarisieren, um Mitglieder zu gewinnen.

Nun hat die GDL sogar eine Genossenschaft gegründet, über die Lokführer an die DB zu GDL-Tarifen ausgeliehen werden sollen. Fazit: Ein Abbau der negativen Folgen von Gewerkschaftskonkurrenz ist durch das Tarifeinheitsgesetz bisher nicht erkennbar. Vielmehr ringen die kleineren Gewerkschaften nun durch zunehmende Streiks um Anerkennung. Deshalb braucht es eine obligatorische Schlichtung, bevor Streiks erlaubt sind.

Impressum

Perspektiven

ist das vierteljährlich erscheinende Magazin der Metall- und Elektro-Industrie, mit dem die hohe Relevanz der Themen und Argumente der M+E-Industrie für Wirtschaft und Gesellschaft herausgestellt und in die politische Diskussion eingebracht wird. Das Magazin versteht sich als Plattform für Informationen, Ideen und Meinungen und sucht den Diskurs mit anderen Stakeholdern. Es richtet sich an eine breite Leserschaft in der Politik, den obersten Behörden, Verbänden und der Wissenschaft.

Herausgeber und Redaktionsanschrift:

Gesamtmittel
Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.
Voßstraße 16, 10117 Berlin
Tel.: 030 55 150-0
E-Mail: perspektiven@gesamtmetall.de
www.gesamtmetall.de

Verlag:

Axel Springer Corporate Solutions GmbH & Co. KG
Axel-Springer-Straße 65
10888 Berlin

Redaktion:

V.i.S.d.P. Martin Leutz (Gesamtmittel),
Iris Grundmann (Redaktionsleitung Gesamtmittel),
Anika Berger, Sophie Schuh (Redaktion Axel Springer Corporate Solutions)
Aisha Wilson (Projektmanagement Axel Springer Corporate Solutions)

Druck und Vertrieb:

X-PRESS Grafik & Druck GmbH
Nunsdorfer Ring 13
12277 Berlin

ISSN-Nummer:

2703-0717

Fotoredaktion:

Birgit Kohn

Art-Direktion und Layout:

Stefan Semrau
twotype design, Hamburg

Lektorat:

Reiner Klähn

Litho:

Image-Pool, Berlin

Herstellung:

Silvio Schneider
„Perspektiven“ erscheint vierteljährlich in einer Auflage von rund 3.500 Druck-Exemplaren.

Wenn Sie „Perspektiven“ nicht mehr erhalten möchten, bitte eine kurze E-Mail an: perspektiven@gesamtmetall.de





Der toxische Beamte



»Wenn es nicht
notwendig ist, ein
Gesetz zu erlassen,
ist es notwendig,
kein Gesetz zu
erlassen.«

Charles-Louis de Montesquieu (1689–1755)

*Der französische Staatstheoretiker, Schriftsteller
und Philosoph gilt als Begründer der Gewaltenteilung
und als Vordenker der Aufklärung.*

GESAMT**METALL**

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie